

des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Einwohner des Großherzogthums Posen!

Die Reorganisation der Provinz, wie sie Se. Majestät versprochen, soll beginnen; ich bin dazu mit den nöthigen Vollmachten versehen. Ich hoffe, das Vertrauen der ganzen Bevölkerung kommt mir bei dem schwierigen Werke entgegen, dürfte ich das nicht hoffen, würde ich den sonst so ehrenvollen Auftrag nie übernommen haben.

Polen! Ihr wünscht eine nationale Regierung, ein nationales Gerichts-Verfahren in Eurer Sprache, Ihr werdet Beides haben; als erste Sicherheit dafür haben Se. Majestät bestimmt, daß ein Mann polnischer Abkunft an die Spitze der Verwaltungsbehörde treten, und daß die freie Wahl der Landräthe wiedergegeben werden soll. Ihr wünscht eine nationale Bewaffnung, Ihr habt sie schon an der Landwehr; es giebt keine volksthümlichere als diese. Alles was Ihr wünschen könnt, wird sich leicht an sie anschließen, und ich werde gern Vorschläge erfahrener Männer unter Euch entgegennehmen über Aenderungen, welche etwa begehrt werden könnten, wie z. B. Abzeichen und Dienstsprache.

Deutsche! Hegt keine Besorgniß; die Rechte, welche Eure Sprache Euch giebt, sind unverlegbar, ganz Preußen gewährt sie Euch. Als leitendes Princip für die künftigen Einrichtungen steht fest, daß jeder in seiner Sprache regiert werde, in ihr sein Recht empfangen. Keiner soll nöthig haben zu irgend welcher Behörde in einer andern Sprache zu reden als in der seinigen, noch darf er anders als in ihr beschieden werden oder sein Urtheil empfangen. Habt Vertrauen zu Euren polnischen Landsteuten, bei aller natürlichen Aufregung der letzten Zeit haben sie doch die ernstesten Anstrengungen gemacht, Keinem von Euch zu nahe zu treten. Einzelnes ist eine Ausnahme, die sie selbst beklagen, und auch Einzelne von Euch haben nicht immer das rechte Maas gehalten.

Darum vor Allem, keine gegenseitigen Anschuldigungen, seht nur auf das Ganze, seid nachsichtig und milde gegen das Einzelne. In der Einigkeit seid Ihr stark, in der Entzweiung jedem Winde, der von Außen kommt, Preis gegeben.

Nach diesen allgemeinen Andeutungen soll nun sofort ans Werk geschritten werden. Aber eine Vorbedingung muß ich machen: Zuvor muß Ordnung und Geseßlichkeit vollkommen wieder hergestellt sein. Es darf keine Auctorität im Lande geben, welche nicht von der Regierung ausgeht, nicht von ihr sanktionirt ist.

Von den bestehenden Comitè's kann ich nur die beschäftigen, welche lediglich lokale Zwecke, die öffentliche Sicherheit, im Auge haben und deren Fortbestehen die Ortsbehörden wünschen, alle anderen müssen sich sofort aller und jeder öffentlichen Handlung enthalten.

Jede ungerichtete freiwillige Bewaffnung in Trupps wird im eigenen Interesse der Nationalität gut thun, sich unverzüglich aufzulösen. Es droht für jetzt noch keine Gefahr von Außen. Träte sie uns nah, so würde ich der erste sein, welcher die Vaterlandsliebe der Eingeborenen zu jeder Anstrengung aufforderte. Für jetzt kann Jeder ruhig in seine Heimath zurückkehren. Eure Gefahr ist auch die unsrige, und wir werden dann ihr zusammen entgegenreten. Was bis jetzt geschehen, ist nur eine unzeitige Verschwendung von Geld und Kräften.

Wer sich dem Dienste der Waffen aber widmen will, kann sich bei den Landwehr-Kommandeuren melden, er wird, wenn er dienstfähig ist, eingestellt werden.

Polen! Die edelsten Männer unter Euch haben mir ihre Mitwirkung für die Herstellung der Ordnung, wie ich sie verlangen muß, zugesagt; ich werde mich in ihrer Begleitung bald überzeugen, ob meine Wünsche überall erfüllt sind und dann soll es schnell ans Werk gehen. Bis dahin kann nur vorbereitend berathen werden. Ich werde dazu Männer jeden Standes, jeder Sprache in angemessenem Verhältnisse heranziehen und hoffe sicher Sr. Majestät Regierung nur solche Vorschläge zu machen, welche das Zeichen gerechter Abwägung aller Interessen an ihrer Stirne tragen.

Noch einmal also Ordnung, Ruhe, Geseß! Ohne Ordnung keine Freiheit, und Polen! bedenk, welches unverhoffte volle Maas bürgerlicher und politischer Freiheit Ihr durch die großen Gaben der letzten Wochen mit uns genießt, mehr als einer von uns zu erleben hoffte. Wollt Ihr aber unsere Freiheit mitgenießen, müßt Ihr zunächst auch in unsere Ordnung eingehen.

Werdet Ihr zu derselben zurückkehren, Euch geordnet und ruhig in Eure Heimath begeben, so verbürge ich Euch für das Geschehene die vollständigste Amnestie bei Sr. Majestät zu erwirken.

Posen, den 6. April 1848.

Der Königl. Kommissarius und Präses der Kommission zur Reorganisation des Großherzogthums Posen.
v. Willisen, General-Major.

Berlin, den 4. April. Se. Majestät der König haben den Oberpräsidenten Böttcher auf seinen Antrag von der Verwaltung des Oberpräsidiums der Provinz Preußen zu entbinden und den bisherigen Regierungs-Präsidenten v. Auerwald zum Oberpräsidenten dieser Provinz zu ernennen geruht.

Der Graf York von Wartenburg hat die ihm übertragen gewesene kommissarische Verwaltung des Oberpräsidiums dieser Provinz nunmehr niedergelegt.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Oberst-Lieutenant a. D. Anter den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Schulzen Klose zu Wandritsch im Kreise Sreinan das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Gefreiten Brenner der 8ten Pionier-Abtheilung die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Posen, den 6. April. Gestern Abend ist der General v. Willisen von Berlin mit Instructionen für die nationale Reorganisation der Provinz hier eingetroffen. Was wir darüber flüchtig vernommen, hat uns über seine Mission in befriedigendster Weise aufgeklärt und beruhigt. Bis jetzt war die „nationale Reorganisation“ nur in Polnischem Sinne gedeutet worden; daher die Aufregung der Deutschen in der ganzen Provinz so allgemein. Sie hatten durch zahlreiche Proclamationen, durch Deputationen und andere Kundgebungen gegen die irrtümlich vorausgesetzte Absicht, sie zu entnationalisiren mit patriotischer Entrüstung sich erhoben, und von eben dieser irrigen Auffassung verleitet, das anscheinend plan- und rathlose Verfahren unserer obersten Civil- und Militair-Behörden der bittersten Kritik unterworfen. Mögen die Männer, deren politischer und amtlicher Charakter so schwer und so bitter angefeindet worden, zunächst darin eine Genugthuung finden, daß die Regierung unsers Königs, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ihnen dankbar ist für die Weisheit und Selbstverläugnung, mit der sie trotz der ungestümmten Aufforderungen und heftigsten Anreizungen jeden Konflikt vermieden haben, der die gegenseitige Erbitterung der beiden Nationalitäten aufs gefährlichste gesteigert und wahrscheinlich die anzubahnde Reorganisation einer blutigen Verwickelung preis gegeben haben würde. — Bald werden hoffentlich auch die heftigsten Kritiker Deutscher Zunge einräumen, daß den beiden Provinzial-Chefs die Nichtanwendung von Gewaltmitteln durch die zwingendsten Gründe einer über die Grenzen des Provinzial-Interesses hinausreichenden Politik geboten war; sie werden doch endlich sich überzeugen lassen, daß das entgegengesetzte Verfahren unabsehbares Unglück über die vielen Deutschen bringen konnte, die nicht so glücklich waren, unter dem Schutze einer mehr als ausreichenden Besatzung die Maßregeln und Unterlassungen der Behörden gefahrlos zu kritisiren. — Ordnung und Geseß, hier und an vielen Orten der Provinz gestört oder gelähmt, werden, wir hoffen es mit wohl begründeter Zuversicht, binnen wenigen Tagen ohne alle Gewaltmittel wiederhergestellt seyn. Dieß ist unsers Erachtens die erste und unerläßliche Bedingung, ohne welche der Herr v. Willisen seine reorganisirende Thätigkeit gar nicht beginnen kann. Erst wenn alle Königliche und Kommunalbehörden ihre volle Thätigkeit wieder begonnen, und jede Auflehnung gegen den geseßlichen Gang der Verwaltung aufgehört hat, wird von der weiteren Entwicklung und Lösung der dem Herrn v. Willisen gewordenen Mission, der wir mit großer Beruhigung entgegensehen, die Rede seyn können.

Hr. Orla Lehmann, der Chef des Dänischen Ministeriums, besand sich in außerordentlichem Auftrage des Königs von Dänemark hier, um zu versuchen, ob sich die Schleswig-Holsteinsche Frage noch ohne Schwertstreich lösen lasse und ist in derselben Angelegenheit gestern über Hannover nach London abgegangen, indem die Englische Vermittelung in dieser Sache angetragen ist. Von Seiten Preußens ist Hr. v. Wildenbruch nach Kopenhagen abgegangen, um dort in eben dieser Angelegenheit zu unterhandeln. Die Preussischen Regimenter, welche zum Abmarsche nach der Holsteinschen Grenze bestimmt waren, haben deshalb Gegenbefehl erhalten. Wie es heißt, will der König von Dänemark Holstein gänzlich

entfagen, nicht aber Schleswig, womit auch Rußland und England einverstanden sein sollen.

Gestern versammelte der Polizei-Präsident und Chef der Bürgerwehr, v. Minutoli, die sämmtlichen Hauptleute der letzteren, um ihnen mitzutheilen, daß er das ihn so sehr ehrende Kommando über die Bürgerwehr nicht länger beibehalten könne, indem er von Sr. M. dem Könige beauftragt sei, sofort für die ganze Monarchie eine Reorganisation der Polizei zu bearbeiten. Hr. v. Minutoli hat also sein Ehrenamt, als Chef der Berliner Bürgerwehr, mit dem gestrigen Tage niedergelegt. Der Hauptmann Nobiling trug nunmehr auf die Wahl eines K. Prinzen zum Chef der Bürgerwehr an, was indeß wenig Anklang, ja sogar lauten Widerspruch fand. Zur Wahl eines neuen Chefs wird morgen im Saale des Gymnasiums zum grauen Kloster von den Hauptleuten geschritten werden.

Gestern sahen wir hier eine Versammlung der jungen Leute, welche unter der Führung dreier oder mehrerer hiesigen Studirenden eine Freischaar für Schleswig-Holstein bilden wollten. Es mögen sich jetzt gegen 200 gebildet haben, darunter 25, welche früher unter dem Militair gestanden, den Kern der ganzen Truppe bilden werden, die man vorläufig auf 300 Mann ausdehnen will. In diesem Augenblick werden zunächst hier die nöthigen Schritte gethan, um zu der Bildung und zum Abmarsch der Truppe die Bewilligung zu erhalten. Während dann die Organisation beginnt, werden die Führer des Freikorps nach Rendsburg abgehen, um sich dort wegen der Bürgerschaften zu verständigen, worauf dann das Korps sogleich aufbricht. In 10 bis 12 Tagen kann die ganze Truppe in Rendsburg sein.

Das hiesige, allgemein geachtete Bankierhaus, (?) welches vorgestern, wenn ausgebliebener Rimesen seine Zahlungen einstellen mußte, hatte noch am 1. d. M. Wechsel im Belaufe von 203,000 Thlr. ausgezahlt. Das Haus besteht hier bereits seit 72 Jahren, während welcher Zeit es sich stets des größten Vertrauens des Publikums zu erfreuen hatte. Es geschieht hier sehr viel, um diesem Hause wieder aufzuhelfen, was, wie man hofft, auch wohl gelingen wird.

Berlin. — Der Kultus-Minister, Graf Schwerin, hat seine Entlassung wiederholt angeboten, aber bis heute noch nicht erhalten, weil ein für die Zeit passender Nachfolger noch nicht gefunden werden konnte. Einen solchen zu finden, halten wir überhaupt nicht wohl für möglich, da die Existenz eines Ministeriums des Kultus mit der Idee des modernen Staates generaliter im Widerspruch steht. Der moderne Staat wird nicht umhin können, das kirchliche Element gänzlich von sich auszuscheiden und die Befriedigung des religiösen Bedürfnisses jedem Einzelnen zu überlassen, da nur so zugleich das uns gegebene Associations-Recht zu einer wirklichen Wahrheit erhoben werden kann. So lange der Staat berechtigt ist, seine Bürger bei irgend einer Gelegenheit zu fragen, welche Religion sie bekennen, oder auch nur, ob sie überhaupt eine kennen, ist die für die Entwicklung unseres Staates notwendige Freiheit des Gewissens noch nicht gegeben. Eine vollständige Trennung der Kirche vom Staate, in einer Weise, daß die erstere durchaus Privatangelegenheit wird, erscheint uns, nach dem Vorbilde von Nordamerika, als unerläßlich.

Hansemanu soll 60 Millionen Thlr. in der Kriegskasse und 64 Millionen im Staatschatz, darunter einige Millionen Staatsschuldsscheine, vorgefunden haben. Er hat indeß aus letzterem zur Hebung des gesunkenen Credits und Gewerbsleißes durch Kredit-Institute 10 Millionen flüssig gemacht. Wie man hört, soll der neue Finanzminister hinsichtlich des Staatschatzes beabsichtigen, denselben nicht ganz und gar, wie es früher geschehen, unfruchtbar liegen zu lassen; auch will er, wie man hört, vorläufig keine Staatsschuldsscheine mehr aufkaufen lassen.

Greifswald, den 2. April. So eben erhalte ich aus Rostock vom 31ten v. M. folgende Nachricht: „Schon vor einigen Tagen trafen zwei Abgeordnete der Krone Dänemarks — Lehmann und Knuth (doch nicht die beiden Minister gleichen Namens), — welche sich an unserer Küste hatten aus Land setzen lassen, hier ein, und reifeten, nachdem sie Depeschen, wie man sagt, nach England und Rußland, auf die Post gegeben hatten, sofort weiter nach Berlin. Gestern kam wieder ein Dänisches Dampfschiff in unsern Hafen mit einem andern Dänischen Gesandten, General Orholm an Bord, welcher ebenfalls sogleich nach Berlin gereist ist. Indessen haben einige Kaufleute und Schiffer ihn sowohl, als den Capitain des Dampfschiffes gesprochen, und beide haben ihnen in Betreff des Verhältnisses von Dänemark zu Deutschland die beruhigendsten Versicherungen gegeben, und ihnen gesagt, daß es durchaus nicht in der Absicht (!) Dänemarks läge, mit Deutschland einen Krieg anzufangen, was ja rücksichtlich des Sundzollens ihr, der Dänen, eigenes Interesse, ihnen verbiete. Der Sund sei nach wie vor ganz frei und Schiffe aller Flaggen könnten ungehindert passiren. Auch, so hatte der Dampfschiffs-Capitain versichert, Holsteinische Schiffe ließe man frei, doch würden solche ihrer Mannschaften beraubt und als Dänische Unterthanen einstweilen gefangen genommen u. Hiernach scheinen also im Sund Deutsche Schiffe, für den Augenblick wenigstens, ungefährdet zu sein und werden die Dänen es auch gewiß in der Folge nicht leicht wagen, der Schifffahrt (ausgenommen durch den Schleswig-Holstein-Kanal) Hindernisse in den Weg zu legen. Es könnte ihnen theuer zu stehen kommen.“

Stettin, den 2. April. Wie man hört, sind nunmehr Ingenieuroffiziere mit Mannschaften von hier abgegangen, um theils in Swinemünde, wo es schon vor Jahr und Tag geschehen sollte, jedoch bisher immer unterblieb, theils auf dem Revier zwischen dort und hier Batterien und Befestigungen zu errichten. Natürlich läßt sich in diesem Augenblicke noch nichts darüber sagen, ob es überhaupt Noth darum thut, doch fürchten wir sehr, daß, wenn über kurz oder lang wirk-

lich feindliche Angriffe von der einen oder anderen Seite auf unserer Küste erfolgen sollten, diese Batterien und Befestigungen sich nur als ein schwaches Widerstandsmittel erweisen werden. Inzwischen werden die gegenwärtigen Umstände hoffentlich zugleich darauf hinführen, daß ohne Verzug zwischen hier und Swinemünde eine (wenn auch nur einfache, vorläufige) Telegraphenlinie, entweder von Seiten des Gouvernements oder unserer Kaufmannschaft, errichtet wird.

So eben theilt man uns aus Colberg mit, daß von dem Hafen dieser Stadt aus eine Englische Flotte von 17 Segeln gesehen worden sei. Die Strand-Befestigungen Colbergs ist man im Begriff zu vervollständigen.

Elbing. — Es ist schon öfter, am Sonnabend unter Anderm in öffentlicher Bürgerversammlung, die Rede davon gewesen, ob es nicht eine Lebensfrage für das jetzige Ministerium wäre, beim Könige darauf anzutragen, daß die höchsten Behörden unserer Provinz, die auf keine, auch nicht die kleinste Sympathie unter den Bürgern rechnen dürfen, von ihren Stellen entfernt und dieselben mit Männern besetzt würden, die das Vertrauen des Volkes haben. Der Oberpräsident Bötticher, der Polizeipräsident v. Lauterbach haben Dienststreifen unternommen, wohin, weiß Niemand; man glaubt indessen, die Dienststreife sei nur eine mildere Form für eine freiwillige Entfernung von ihrem Amte. Indessen ist durch eine bloße Dienststreife ein solcher Wechsel nicht offiziell ausgesprochen, wie er doch eigentlich ausgesprochen sein müßte. Die beiden genannten Männer waren mit großem Eifer Diener alten Systems, außer ihnen aber noch der Generalsuperintendent Sartorius und der Provinzialschulrath Lucas. Die beiden letzteren haben noch keine Reise in Dienstgeschäften angetreten, auch wird dieses hier nicht gewünscht, sondern daß sie wie das System fallen möchten. Ein freisinniges Ministerium kann unter seinen höchsten Beamten keine so entschiedenen Anhänger einer reactionären Politik dulden, oder es wird selbst das Vertrauen der Nation verlieren. Wie man hört, ist eine Petition um Entlassung dieser vier hohen Beamten an das Ministerium im Gange und wird nächstens abgehen.

Thorn. — Man ist hier gespannt auf Nachrichten aus Russisch-Polen, indessen erfährt man von dort nichts Gewisses. Briefe, die nach Polen von hier gehen und von da her kommen, werden ohne Weiteres erst nach Warschau gesendet und dort zuvor geöffnet; dann kommen sie in die Hände der Adressaten. Aus diesem Grunde ersuchten Geschäftsleute aus Polen ihre hiesigen Geschäftsfreunde, ihnen nichts Politisches mitzutheilen. Große Truppenmassen sollen bei Warschau und Kalisch zusammengezogen sein, doch verlautet auch hierüber nichts Genaueres, nur daß die Grenzstädte von Truppen noch bis jetzt entblößt sind, ist eine Thatsache. Ferner auch, daß die Polnische Bank aus der Stadt in die Citadelle von Warschau gebracht worden ist.

N u s l a n d.

D e u t s c h l a n d.

Heidelberg, den 30. März. (M. Z.) Auf die Einladung einer Anzahl hiesiger Bürger hat sich heute Nachmittag um 1 Uhr eine sehr zahlreiche Versammlung von Einwohnern der Stadt Heidelberg, aus allen Ständen und Klassen im Anlafsalle eingefunden und einmüthig zu erklären beschlossen: 1) Daß sie bereit seien, nicht nur jede Störung der Ordnung und Ruhe im Innern der Stadt kräftig zurückzuweisen, sondern auch 2) Jeden Angriff und jede bewaffnete Einmischung von Außen in die Angelegenheiten unseres Vaterlandes energisch abzuwehren, so wie auch 3) Jede Störung der friedlichen Verathung des Deutschen Parlaments nach Kräften zurückzuhalten. Die Versammlung spricht zu diesem Ende den dringenden Wunsch aus, daß die Bürgerwehr so schnell wie möglich organisiert, bewaffnet und gemustert werde, um jede Gefahr von Innen und Außen zurückzuweisen. Heidelberg, den 30. März 1848. Der Vorsitzende der Versammlung. Kähler. Die Versammlung war sehr zahlreich, Kähler wurde durch Zuruf zum Vorsitzenden gewählt. Es sprachen Kähler, Henking, Professor Pfeuffer, Häuser und Stud. Morell. Der Absatz 2) des Beschlusses galt vorzüglich den aus Frankreich kommenden Deutschen.

Eugen, den 30. März. (Karlstr. Z.) Heute war hier wieder Volksversammlung. Die Stimmung war aufgeregter, als je. Der Ruf nach Republik war allgemein und heftig unter dem Landvolk; die Versammlung beschloß, 12 Abgeordnete nach Frankfurt zu schicken, und die Versammlung daselbst aufzufordern, daß sie die Republik verkünde; wo nicht, so wolle man solche in Baden allein proklamiren. Zugleich wurde beschlossen, daß alle Bauern ihre Söhne, welche bei dem Militair seien, zurückrufen. Die Anarchie ist groß; es werden keine Steuern mehr erhalten; alle Geschäfte stocken, und das Land ist mehr, als je, von Landstreichern durchschwärmt.

D e s t e r r e i c h i s c h e S t a a t e n.

Wien, den 2. April. Am 23ten erschien zu Turin ein Manifest des Königs nachstehenden Inhalts: „Völker der Lombardei und Venedigs! Die Geschicke Italiens gehen der Reise entgegen; ein glücklicheres Loos lächelt den unerschrockenen Vertheidigern von Rechten, die mit Füßen getreten waren. Die Liebe zum Vaterlande, das Verständniß der Zeit, die Gemeinsamkeit der Wünsche bewogen uns, zuerst der allgemeinen Bewunderung, die Italien Euch zollt, uns zuzugesellen. Völker der Lombardei und Venedigs! Unsere Truppen, die schon an Eurer Grenze sich sammelten, als Ihr mit der Befreiung der glorreichen Stadt Mailand voraneiltet, kommen jetzt, um in den ferneren Kämpfen Euch den Beistand zu leisten, den der Bruder vom Bruder, der Freund vom Freunde erwartet. Wir werden Eure gerechten Wünsche fördern, im Vertrauen

auf den Beistand des Gottes, der sichtlich mit uns ist, des Gottes, der Italien Pius IX. geschenkt, des Gottes, der durch so wunderbare Anregungen Italien fähig machte, selbstständig zu handeln. Und um noch mehr durch äußere Zeichen das Gefühl der Italienschen Einigung zu bethätigen, wollen Wir, daß unsere Truppen bei ihrem Eintritte in das Gebiet der Lombardei und Venedigs über der dreifarbigigen Italienschen Fahne das Savoyische Wappen führen.“

Dieses Dokument bedarf keines Kommentars. Es geht daraus nur zu deutlich hervor, daß die Sardinische Regierung der Sache der Empörung in einem befreundeten, mit ihr in tiefem Frieden lebenden Nachbarstaate ihre thätige Unterstützung zugewendet hatte, während ihre offizielle Sprache bis zum letzten Augenblicke, wo sie endlich die Maske fallen ließ, Freundschaft heuchelte und Vertrauen zu erwecken suchte. Welchen Namen eine solche Handlungsweise verdiene, dieses auszusprechen überlassen wir dem Urtheile der Zeitgenossen und dem Zeugnisse der unparteiischen Geschichte. Nach der Bekanntmachung des obenstehenden Aufrufs hat der Kaiserliche Gesandte auf der Stelle seine Pässe gefordert und erhalten.

Nach Einlangen der diesfälligen Berichte sind dem Königl. Sardinischen, bei dem Kaiserl. Hofe beglaubigten Gesandten gleichfalls seine Pässe zugestellt worden.

Nach offiziellen Berichten aus Genua vom 23. März hat daselbst ein Volkshaufe am nämlichen Tage von dem Kaiserl. Konsulat das Oesterreichische Wappen herabgerissen und durch die Straßen geschleift, ohne daß die Behörden dieses strafliche Beginnen gehindert hätten. Der Kaiserl. General-Konsulats-Verweser hat hierauf seine Pässe gefordert.

Bei der gestern unter dem Vorstehe des Minister-Präsidenten, Grafen von Kolowrat, stattgehabten Versammlung des Ministerrathes wurden die Maßregeln zur Sicherheit und Pacifizirung des Lombardisch-Venetianischen Königreiches und die Bestimmungen wegen Ergänzung des Ministerrathes selbst, so wie wegen Bestellung der Landes-Verwaltung Böhmens, beschlossen.

Aus Klausenburg wird vom 21. März gemeldet, daß die Studirenden im Vereine mit der Bürgerschaft eine Petition um Einverleibung Siebenbürgens mit Ungarn an das Subernium gebracht haben, welche von diesem günstig aufgenommen worden sein soll.

Der Erzherzog Albrecht reichte gestern in Gegenwart der sämmtlichen hier anwesenden Generale dem provisorischen Kriegs-Minister, Fürsten Hohenlohe, seine Entlassung als Kommandirender Niederösterreich ein. Se. K. Hoh. drückt den Wunsch aus, dem Vaterlande, im Fall der Noth gegen äußere Feinde, sein Blut und Leben opfern zu können. Abends reiste er nach seinem Gut Seelowitz ab. Der Erzherzog Ludwig weicht dem donnernden Angriff, der sich vorerst durch Kossuth's entflammende Rede in Preßburg öffentlich Luft machte, und verläßt heut die Hauptstadt. Die Mißstimmung gegen diesen reaktionären Prinzen hatte auch hier schon den höchsten Grad erreicht. — Gestern, Mittags 1 Uhr, traf der Erzherzog Stephan in Preßburg mit der erwarteten Zurücknahme der K. Resolution wieder ein. Der ganze Reichstag hatte sich in Corpore an das Ufer begeben und den geliebten Prinzen im Triumph in die Stadt getragen. Abends 6 Uhr eröffnete Se. K. H. in der Reichstags-Sitzung, mit Freudenthränen in den Augen, die Königl. Bewilligungen, und nun steigerte sich das Freudenengeschrei auf eine unerhörte Weise. Nachts war Preßburg erleuchtet, und es schien ein Flammenmeer. Es werden nun nur noch wenige Sitzungen des Reichstags gehalten, und dann die Sitzungen in Pesth wieder eröffnet. — In den städtischen Jahrbüchern hat sich das Unerhörte ereignet, daß ein Student die Initiative ergriff, und einen Aufruf zur Bildung eines nach Italien gehenden Frei-Korps erließ. Gestern meldeten sich bereits gegen 3000 Freiwillige, welche mit Enthusiasmus zu den Fahnen eilten und sich engagiren ließen. Die Ruhe der Hauptstadt ist gestern, außer einer Volks-Demonstration gegen den, der Liguorianer Partei angehörigen Pfarrer der Leopoldstadt, Wießinger, der seit Jahren als ein Blutlanger der Armenvertheilungen allgemein verhaßt und verwünscht wird, nicht gestört worden. Hingegen erregte heute das neue Preßgesetz in allen Klassen der Gesellschaft die lebhafteste Opposition. Auf der Aula wollten es die Studenten verbrennen. Heute werden überall Adressen dagegen gesammelt, und morgen gehen die Deputationen an den Kaiser. Die zurückgekehrte städtische Deputation aus Prag, welche die Robotrfrage schneller gelöst zu haben verlangt, hat heute Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser. Bekanntlich hatte der Kaiser die Lösung erst im Jahre 1849 zugesagt.

In Folge der Adressen gegen das neue Preßgesetz, welches die Universität, sämmtliche Gelehrten und Buchhändler vorgestern Abend dem Minister des Innern von Pillersdorf überreichten, ist von letzterem eine Umänderung des Preßgesetzes augenblicklich zugesagt worden. In Folge des hat sich desfalls der Sturm etwas gelegt.

Lemberg, den 31. März. (Berichtigung.) In Wienern Blättern vom 27. d. M. lesen wir die Anzeige, als wenn in Galizien in Folge eines Aufstandes eine plötzliche Aufhebung des Frohdienstes und dadurch zugleich eine gewisse Finanz-Revolution erfolgen sollte. Wir müssen dagegen bemerken, daß weder in Lemberg, noch in irgend einem andern Orte Galiziens ein Aufstand stattgehabt hat, auch nirgends die Absicht hervorgetreten ist, den Frohdienst aufzuheben(?). Wir können vielmehr versichern, daß das Landvolk seine Pflichten vollkommen erfüllt und überall seine Anhänglichkeit an den Kaiser, sowie eine genaue Befolgung des Gesetzes aufrichtig an den Tag legt.

Frankreich.

Paris, den 1. April. Das Central-Comité für die allgemeinen Wahlen hat vorgestern die 34 Kandidaten gewählt, welche den Bürgern des Seine-

Departements für die National-Versammlung vorgeschlagen werden sollen. Man bemerkt darunter neben den sämmtlichen 11 Mitgliedern der provisorischen Regierung fünf Arbeiter, wovon zwei Arbeiter-Journale redigiren: ferner Beranger, Lamennais, Thomas, Direktor des National, Aubry de Puyraveau, d'Alton Shee und General Courtais.

General Cavaignac hat das Kriegs-Ministerium abgelehnt und die Regierung sofort dasselbe dem General Changarnier angeboten, der davon hoffentlich noch vor seiner Einschiffung nach Algier Kenntniß erhalten wird. Cavaignac bleibt General-Gouverneur.

Die Union sagt: „Drei Lager, welche sich gegenseitig stützen und in ihrer Gesamtheit einen verfügbaren Effectivstand von ungefähr 100,000 Mann bilden, werden ganz bestimmt zu Dijon, Lyon und Grenoble errichtet werden. Im Falle eines Krieges und eines Marsches nach dem Königreich Sardinien wird das Hauptquartier der Französischen Armee zu Lyon aufgeschlagen werden, damit von diesem Punkte aus die erste Richtung der militairischen Unternehmungen geleitet werden kann. Das Vertheidigungs-Conseil beschäftigt sich gegenwärtig damit, in umfassendem Maßstabe eine rasche und leichte militairische Organisationsweise für die Corps der Freiwilligen und der mobilen National-Garde festzustellen, deren Berufung zu den Waffen die politischen Ereignisse Europa's von einem Tage zum anderen auf den verschiedenen Punkten des Französischen Gebiets nöthig machen können.“

Die Lokal-Behörden von Lyon haben im Einverständniß mit dem Regierungs-Kommissar beschlossen, daß die nicht aus der Stadt gebürtigen Arbeiter gegen die Angriffe, welche sie zu bestehen haben, geschützt werden sollen.

Herr Olivier Dufresne, General-Inspektor der Gefängnisse des Seine-Departements, ist auf Befehl des Ministers des Innern entlassen worden.

Mehrere Regimenter haben Befehl erhalten, die Richtung nach Grenoble zu nehmen, wo in Folge der Begebenheiten in der Lombardei ein Corps von 20 bis 30,000 Mann gebildet werden soll. Hier sprach man heute von einer Volksbewegung in Athen. Einige behaupteten gar, die Republik wäre daselbst ausgerufen und König Otto abgesetzt worden. Es scheint dieß jedoch eines der vielen Gerüchte zu sein, die seit einiger Zeit hier ausgesprengt werden.

Großbritannien und Irland.

London, den 29. März. Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen machte gestern bei dem Herzoge von Cambridge, der Herzogin von Gloucester und Kent und dem Herzoge von Wellington Besuche. Der Letztere empfing den Prinzen in der Preussischen Feldmarschalls-Uniform. Am Morgen hielt der Prinz in dem Preussischen Gesandtschafts-Hôtel ein diplomatisches Lever und dинierte Abends beim Prinzen Albrecht im Buckingham-Palast.

Die Deutschen, welche in Nottingham wohnen, haben eine Unterzeichnung zum Besten der Hinterlassenen der in Berlin gefallenen Kämpfer eröffnet. „Wir hoffen,“ sagen die Times, „daß dieses Beispiel in den großen Fabrikstädten nachgeahmt werden wird.“

Die M.-Chronicle enthält einen Artikel über Preußen, in welchem es heißt: „Wenn es einen Kaiser von Deutschland geben soll, so hat Friedrich Wilhelm dazu am meisten Aussicht. Oesterreich wird, abgesehen von der Unfähigkeit des regierenden Herrschers, einige Zeit lang zu viel mit inneren Angelegenheiten zu thun haben, und hat einen so schwierigen Stand gegen seine Slavischen Reiche, daß es keine Hoffnung auf die Kaiserwürde hegen darf. Baiern ist in Unordnung; von den übrigen Fürsten hat kein einziger persönlichen Charakter oder Einfluß genug, um als Bewerber genannt zu werden.“ Das genannte Blatt ertheilt Preußen noch großes Lob wegen des unter den Bürgern herrschenden gesunden politischen Geistes.

Aus Dublin, vom 28., berichtet man, daß unter den dortigen Klassen ein republikanischer Geist in stetem Zunehmen sei. In Cork, Waterford und Kilkenny haben sich die Arbeiter bewaffnet, und auch in Dublin erwartete man täglich einen Aufruhr.

Belgien.

Genf, den 29. März, Abends. (Köln. Ztg.) Meine Geschäfte führten mich heute nach Lille, von wo ich so eben zurückkehre und Ihnen daher aus eigener Anschauung über den Versuch Mittheilung machen kann, welchen ein Corps von 1800 bis 2000 Freischärlern heute Morgens machte, über die Belgische Grenze bis Mouscron einzubringen, um das Land zu republikanisiren. Gleichzeitig, als eine andere Schaar über Valenciennes in Belgien einzubringen versuchte und in Quiévrain so vollständig eingefangen ward, hatte sich eine stärkere Schaar aus Paris per Eisenbahn in der Richtung nach Lille begeben und zu Seclin, einer Station vor Lille, Halt gemacht, wo diese ungebeten Gäste seit drei Tagen die Einwohner belästigen. Gestern Abends endlich brachen sie gegen die Belgische Grenze auf, unter Anführung einiger Polytechniker, und langte diesen Morgen drei Viertelstunden nordwärts Quiévrain, auf der Straße von Turcein nach Tournay, in dem Belgischen Grenzort „Risquons-tout“ an, welcher Ortsname die Schaar besonders auf diesen Punkt angezogen haben mag. Die zu Mouscron stehende Vorhut eines Belgischen Observations-Corps, unter dem Befehle des Generals Fleury, hatte schon gestern Abends Emissaire beobachtet, die in großer Anzahl über die Grenze kamen und das Terrain recognoscirten, angeblich um Taback zu kaufen. Viele dieser Leute wurden verhaftet und noch in derselben Nacht durch den von Tournay herbeigeilten Gerichtsbeamten verhört. Noch andere Vorbereitungen mögen die Aufmerksamkeit der Grenzbeamten angeregt haben, genug, es wurde vermuthet, daß am heutigen Tage etwas gegen Belgien unternommen werden sollte, um das

Land und insbesondere die Provinz Flandern aufzuwiegen und die Republik in Belgien zu proklamiren. Auf diese Wahrnehmungen hin wurden noch in der Nacht Befehle zu einer bedeutenden Truppen-Heranziehung gegeben, und ganze Bataillone eilten auf langen Eisenbahnzügen von Antwerpen und Gent der Grenze zu, trafen aber, so wie leider auch Schreiber dieses, ein paar Stunden zu spät ein, denn die kleine Avantgarde, aus 250 Mann des 5. Linien-Regiments und zwei Kanonen bestehend, unter unmittelbarer Anführung des wackeren Generals Fleury, hatte die etwa 2000 Mann starke Bande schon total geschlagen und über die Grenze, welche sie frevelhaft unter dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ überschritten, in der größten Unordnung zurückgeworfen. Jene Bande, zum Theil aus der Gese des Pariser Volkes und aus etwa einem Drittheile Belgischer, in Frankreich beschäftigt gewesener Arbeiter oder Tagelöhner, meistens aber aus ganz niederem Gesindel bestehend, hatte Posto neben und in dem oben genannten Dorfe gefaßt, als die kleine Kolonne des Belgischen Militärs gegen 8 Uhr Morgens heranrückte. Unter dem Rufe: „Vive la république! Vive la ligne!“ schwenkten sie ihre Fahnen und rückten ihrerseits gegen das Belgische Corps, welches aufmarschirte und sofort ein Pelotonfeuer eröffnete, das die Insurgenten zweimal beantworteten, und während dessen sie bei ihrer Ueberzahl Stich hielten. Da deployirte die Belgische Infanterie, und die hinter ihr aufgestellten zwei Kanonen eröffneten ein Kartätschenfeuer, welches zur Folge hatte, daß schon beim dritten Schusse die Pariser Citoyens sich in Unordnung auflösten, ihre Waffen wegwarfen und die Grenze in größter Eile zu erreichen suchten. Es wurden nur sechs Schüsse gethan. Damit hatte die Sache ihr Ende erreicht, und ich sah die siegreichen Truppen um 10 Uhr in Mouscron wieder zurückkehren, als wenn sie von einer Jagdpartie kämen. Belgischerseits blieb ein Sergeant todt; drei Soldaten und ein Hauptmann wurden leicht verwundet. Von den Insurgenten blieben 10 todt auf dem Plage; viele wurden verwundet, die sich über die Grenze schleppten. Die Belgier erbeuteten 500 Munitions-Gewehre und mehrere Fahnen. Ich sah später auf meiner Eisenbahn-Tour nach Lille daselbst auf der Station Lurein die rückkehrende Bande, fast Alle zerlumpte Leute mit nur theilweiser Bekleidung, Viele ohne Strümpfe und Schuhe, Andere mit rothen Mützen, alle ohne Waffen, gänzlich demoralisirt, todtmüde und hungrig umherstehen und liegen; die wenigen Belgier darunter sollten über die Belgische Grenze transportirt werden; die Franzosen, worunter mehrere Gamins, verlangten nach Paris mit Eisenbahnzügen zurückzukehren; ich sah auch zwei ihrer Chefs: einen Polytechniker in der Uniform und einen jungen, gut gekleideten Menschen in Bürgertracht mit einer großen Tricolor-Schärpe. Sie waren sehr niedergeschlagen und schienen sich überzeugt zu haben, daß sie sich bitter in ihren Erwartungen getäuscht. Hier und in allen Grenzorten, die ich passirte, äußerte man die lebhafteste Zufriedenheit über diesen Vorfall, dessen Wirkung ähnliche Versuche wohl fern halten wird.

I t a l i e n.

Genova, den 25. März. Heute Nacht kamen der Marchese Villamarina, Gesandter beim Toskanischen Hof, und Graf Rignon, Legationsrath, hier an; ersterer ist mit einer Sendung an den Hof von Toscana, letzterer an den heiligen Stuhl und den Neapolitanischen Hof beauftragt. Sie überbrachten die k. Proclamationen, durch welche Karl Albert den Eintritt seiner Truppen in das Lombardisch-Venetianische Königreich anzeigt. Zu derselben Zeit, als diese Herren Turin verließen, begab sich der Marchese Passalacqua als k. Kommissair bei der provisorischen Regierung nach Mailand, welche die H. H. Marchese Dabba und Graf Martini nach Turin gesandt hatte um dem König die Lombardisch-Venetianische Krone anzubieten. (A. = Z.)

S c h w e i z.

Bern, den 27. März. Ein Aufruf an die Deutschen in der Schweiz fordert dieselben auf, sich wo möglich militärisch zu organisiren, und sich an die Deutsche demokratische Gesellschaft von Paris anzuschließen, welche bereits etliche tausend Mitglieder, alle wohl ausgerüstet, zähle, mit den Deutschen in London, Brüssel, Lyon und andern Französischen Städten, so wie mit den Polen in Verbindung stehe und die Deutsche Republik proklamiren wolle. In Bern sollen die Bürger eine Versammlung von Deutschen auseinander getrieben haben.

Stadt-Theater.

Sonntag den 9. April zum Erstenmale: Zopf und Schwerdt; großes historisches Lustspiel in 5 Abtheilungen von Karl Gukow. — Erste Abtheil.: „Ein Morgen im Schlosse in Berlin.“ — Zweite Abtheilung: „Der Arrest.“ — Dritte Abth.: „Fehlbedingungen.“ — Vierte Abth.: „Das Tabaks-Kollegium.“ — Fünfte Abth.: „Der Prinz von Wales.“ — Zur Einleitung: Ouverture zu dem Italienischen Schäferspiel: Re pastore, komponirt von Friedrich dem Großen.

Die

Berliner Revolution,

beschrieben von Mitkämpfern und Augenzeugen, mit dem Bildnisse des Barrikadenhelden Hesse, ist so eben angekommen und für 7½ Sgr. zu haben bei

Gebrüder Scherf in Posen.

Verlag von E. S. Mittler in Posen.
Special-Karte des Reg.-Bezirks Posen.
1 Rthlr. 10 Sgr.

Die königliche Luiseenschule und die Töchterchule des Seminars für Erzieherinnen beginnen den neuen Cursum Montag den 10ten d. M. 9 Uhr Vormittags.

Posen, den 4. April 1848.

Dr. Barth.

Seit Michaeli vorigen Jahres wohne ich Breslauerstraße No. 19. eine Treppe hoch, und ist mein Geschäfts-Bureau täglich von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends stets geöffnet.

Posen, den 5. April 1848.

Wilhelm Douglas,
Justiz-Commissarius und Notarius.

Heute empfang ich die längst erwarteten Englischen Steinkohlen. Posen, den 3. April 1848.

Friedrich Barsleben,
Kleine Gerberstraße No. 106.

Bern, den 28. März. (D. Z.) Ueber Lola Montez sind wir im Stande, folgende Aufklärungen zu geben. Sie reiste von hier mit einem russischen Hofrath, Baron v. Moller, nach München und brachte dort mehrere Stunden mit dem König auf dem Polizeigebäude zu. Der König gab ihr eine Anweisung von 500,000 fl. auf Rothschild in Frankfurt. Um diese Anweisung, ehe Etwas dazwischen treten könne, zu realisiren, ging Lola nach ihrer Zurückkunft sogleich mit der Post nach Frankfurt ab, nur von den Bedienten des Hrn. Moller begleitet. Seit vorgestern Abend 9 Uhr ist sie wieder hier, mit dem Erfolg sehr zufrieden. Kurz nach ihrer Zurückkunft besuchte sie Peel, bei dem sie bis in die Nacht blieb. Sie spricht davon, sich bei Bay ein Gut kaufen, und daß der König, von dem fast täglich Briefe anlangen, im Sommer hier mit ihr zusammentreffen wolle. Die Abdankung des Königs haben wir heute erfahren. Ich möchte vermuthen, daß er damit nur geduldet habe, um vorher seine Geldverhältnisse zu ordnen und Lola's Zukunft sicher zu stellen. Wahrscheinlich werden wir ihn also bald in der Schweiz sehen.

(Basl. Z.) Durch ein Schreiben vom 26. März zeigt der Sardinische Gesandte dem Vorort an, daß König Karl Albert die Absicht habe, in der Lombardei zu interveniren und daß die Armee, welche an der Grenze gesammelt ist, ungehäumt in dieses Land einrücken werde.

R u s s l a n d u n d P o l e n.

Warschau, den 1. April. (Schles. Ztg.) Es scheint nun endlich, als ob der Kaiser die lange Ungewißheit brechen werde, in der nicht nur wir, sondern das ganze westliche Europa über dessen Haltung den neuesten Vorgängen gegenüber sich befunden hat. Bisher hat man uns auf eine wahrhaft offizielle Weise zu täuschen gesucht über die Angelegenheiten in Polen. Unsere Garnison ist so gut wie gar nicht verstärkt worden; man hat sogar von vielen Seiten uns Polen Hoffnung gemacht, der Kaiser werde entweder Polen, im Einvernehmen mit seinen Allirten, wiederherstellen oder durch eine freisinnige Verfassung an Rußland knüpfen. Plötzlich hat man die Maske abgeworfen. Am 26. März (14. März a. Styls) ist in der Metropole des heil. Isaak zu St. Petersburg ein Kaiserl. Manifest durch den Erzbischof verkündigt worden, in welchem der Kaiser dem ganzen Westen den Fehdehandschuh hinwirft. Als die Kunde davon hier anlangte, war Alles wie niedergeschmettert. Der Fürst Statthalter wurde von allen Seiten bedrängt, so weit es sich thun lasse, Aufklärung zu geben. Bei einer solchen Gelegenheit — und ich kann Ihnen diese Aeußerung mit meinem Ehrenworte versichern — sagte der Fürst: binnen heute und zehn Tagen wird Europa das Schauspiel erleben, daß 300,000 Mann Russen in und um Warschau concentrirt seyn werden. Inzwischen geht alles den gewohnten Gang. Aber die scheinbare Ruhe Warschau's gleicht der Schwüle vor einem Gewittersturm.

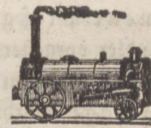
Bermischte Nachrichten.

Köln, den 29. März. „Times“, „Morning Herald“, „Sun“ und andere Zeitungen haben Correspondenten hierher geschickt, die aber alle nicht ein Wort Deutsch verstehen und sich daher aufbinden lassen, was ihnen Deutsche Reporters zu sagen belieben.

Berlin. — In der Abtheilung der Wahnsinnigen im großen Charité-Krankenhaus befinden sich bereits sechs Kranke, die vom politischen Wahnsinn befallen sind. Dies ist offiziell.

London. — Der Sun vom 30. März bringt folgende (bekanntlich falsche) Nachricht: Revolution in Polen. Zerstörung Warschau's. Berlin. Montag (durch den elektrischen Telegraphen): Am Donnerstag (23. März) hat sich Warschau erhoben und ist über die Russen hergefallen, deren es mehrere Hunderte tödtete. Warschau liegt in Asche, die Russen haben sich in die Citadelle eingeschlossen, von wo sie die Stadt bombardirten. General Sobieski befindet sich in Berlin, um 200 Geschütze zu jedem Preise zu kaufen. Morgen verläßt uns die Polnische Legion mittelst Spezialzugs der Posener Bahn u. c.

Ein Piemontesischer Jude hat sein ganzes Vermögen von 3 Millionem dem — Papste Pius IX. vermacht. — Der Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat kann als eine ausgemachte Sache betrachtet werden.



Den Herren Actionairen der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft erlaube ich mir die ganz ergebene Anzeige zu machen, daß ich von dem Directorio, unter den bisherigen Modalitäten, zur Empfangnahme der ausgeschriebenen 9ten Rate, welche pro 100 Rthlr. — 9 Rthlr. 6 Sgr., und pro 1000 Rthlr. Zeichnung — 92 Rthlr. beträgt, beauftragt bin, und solche in Posen, St. Martin 62., am 11ten d. M. in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr entgegennehmen werde.

Wronke, den 3. April 1848.

Im Auftrage des Directoriums der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft,
Lamprecht, Special-Kassen-Rendant.

In meinem Hause, Judenstraße No. 3., verkaufe ich von heute ab gesundes wohlschmeckendes Brod 6 Pfund für 4 Sgr. und bitte um gütigen Zuspruch.
Joseph Feiler, Bäckermeister.
(Extrablatt.)

Bereinigter Landtag.

Die zweite Sitzung begann, unter Vorsitz des Fürsten zu Solms, am 4ten Vormittags 10½ Uhr mit Verlesung des Protokolls der vorigen und Ernennung der Abgeordneten v. Dolffs und v. Gudenau zu Secretairen für die gegenwärtige Sitzung. Der erstgenannte Secretair verlas nun im Auftrage des vorsitzenden Marschalls das schon in der gestrigen Zeitung enthaltene königl. Propositionsdecret.

Herr v. Seckendorf ergreift hierauf das Wort in einer allgemeinen Angelegenheit. Er verlangt Ruhe und Sicherheit in den Berathungen. Die Resensarten von Deutschlands Einheit und Größe haben ihn nicht befriedigt. Es herrsche thatsächlich allgemeine Anarchie, und die müsse aufhören. Deshalb frage er die Minister, welche Maßregeln sie zur Herstellung der Ordnung bereits getroffen, und was sie noch in dieser Beziehung zu thun gedenken. Die vorgelegten Gesetz-Entwürfe reißen das Bestehende ein und schwächen die Autorität im Lande. (Zeichen der Verwunderung und Mißbilligung.) Daurer das so fort, so gehe Alles zu Grunde. Die Minister, als Personen können nur Vertrauen einflößen, nicht aber als ein Ganzes. Die Entwerthung aller Staats- und anderen Papiere zeige gleichfalls, wie es mit dem Vertrauen stehe. (Unterbrechung.) Des Grafen Arnim jüngste Erklärung, den Ereignissen möglichst einen Schritt vorzuthun, könne das Vertrauen auch nicht beleben. Der Minister des Innern (Herr v. Auerswald) erwidert, daß Seitens des Kabinetts bereits in der nächsten Sitzung Auskunft über die Maßregeln gegeben werden solle, da die Anfrage zu plötzlich und ohne Anmeldung gekommen sei. Vorläufig könne er aber versichern, daß sowohl das Arnimsche, als das jetzige Ministerium die Zustände gehörig erforscht haben. Herr Gr. Arnim verteidigte hierauf seine jetzt angegriffene Aeußerung. Herr v. Beckerath entgegnet, daß nicht die jetzige Regierung, sondern die Ereignisse das Bestehende ein-gerissen, und ein System, welches bisher vergebens mit Worten bekämpft, durch die That vernichtet habe. Das Vertrauen zu den Ministern habe die überwiegende Mehrheit des Landes in der Adresse ausgesprochen, und das dürfe nicht bezweifelt werden. Hr. v. Seckendorf erläuterte, daß er das Alte auch nicht, aber doch jetzt schon Etwas sehen wolle. (Gelächter.) Der Landtags-Kommissar (Minister Camphausen) gibt dem Redner anheim, ob die Thaten des jetzigen Kabinetts seinen und den Wünschen der Mehrheit im Lande entsprechen. Insofern der Redner aber einen Vorwurf daraus mache, daß er von den Thaten nichts sehe, so müsse er bemerken, daß der Bau sich jetzt nur auf Legung von Grundsteinen beziehen könne. Schon die nächsten Tage werden indeß zeigen, ob die Ecksteine das Gebäude tragen. — Eine Fortsetzung dieser Erörterung wird durch Abstimmung befristet.

Herr v. Bischoff-Schönhausen wünscht, im Interesse des Landes, eine Aenderung über Preußens auswärtige Politik, namentlich da die Unsicherheit unserer Verhältnisse mit Dänemark schwer auf dem Handelsstande laste. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten (v. Arnim) meinte zwar, daß im Allgemeinen hier nicht der Ort und die Zeit sei, unser dem Auslande gegenüber beobachtetes politisches System schon darzulegen, freute sich aber, daß ihm, namentlich Betreffs Schleswig-Holsteins Gelegenheit werde, Das auszusprechen, was er bereits verschiedenen Abgeordneten eröffnet, zuerst müsse er einem Irrthum zuvorkommen. Wir hätten nämlich keinen Krieg mit Dänemark, sondern nur „eine Expedition zum Schutze Deutschen Gebiets und Wahrung Deutschen Rechts“ gemacht. Damit befolgten wir lediglich nur die Vorschrift des Bundesbeschlusses, um den Ereignissen zuvor zu kommen. Durch Beschluß vom 17. September 1846 habe sich der Bund in dieser Sache seine Schritte vorbehalten und Preußen anticipire nun, was der Bund thun werde. Die Besorgnisse, welche der Handelsstand gräufert, seien auch weniger begründet. Dänemark werde weder die Expedition als Krieg betrachten, noch auch zu dem äußersten, ganz aus der Zeit liegenden Mittel, Kaperebriefe auszugeben, schreiten; die Dänische Regierung kenne ihre eigene Stellung zu gut. Uebrigens haben wir Hoffnung, daß auch zu Lande ein Zusammenstoß werde vermieden werden, da eine befreundete Großmacht ihre Vermittelung angeboten habe. Der Minister glaubte, daß diese seine Versicherungen für den Augenblick beruhigen würden. Damit wurde der Gegenstand verlassen.

Die Tagesordnung führte jetzt zu der Berathung über den „einige Grund-lagen der künftigen preussischen Verfassung“ betreffenden Entwurf. Das Gutachten der Abtheilung verlas deren Referent Hr. (Synodus) Mö-wes (einer der drei Abgeordneten der Stadt Berlin). Nachdem die Abtheilung die Hoffnung ausgesprochen, daß der Landtag der Regierung seine Unterstützung nicht versagen werde, das Gutachten auch nur ohne einem künftigen gesetzgebenden Organ vorgreifen zu wollen, angesehen werde, empfiehlt sie die Annahme des §. 1. (Wegfall der Cautionen bei Herausgabe neuer Zeitungen). Der Marschall eröffnet jetzt die Discussion der einzelnen Paragraphen.

Herr v. Bardeleben spricht zwar sein unbedingtes Vertrauen zu den Ministern aus, hält es aber nicht für rathsam, den Grundstein der künftigen Verfassung einer Versammlung vorzulegen, welche durch die jüngsten Ereignisse habe beseitigt werden sollen. Die Minister müssen ihre Sympathien aus dem Vertrauen des Landes schöpfen und sich nicht einen Sicherheitsbrief aus der Versammlung geben lassen wollen. Deshalb schlage er vor: nicht auf die Vorlage einzugehen und die spezielle Berathung zurückzuweisen. Das Ministerium möge auf eigene Verantwortlichkeit handeln. Der Landtags-Kommissar erwiderte, daß diese doch den Ministern zu schwer sei. Sie haben die Vorlage gemacht, um in der Zwischenzeit bis zum Erscheinen der Volksvertretung mit dem bestehenden gesetzgebenden Organ zu berathen und die Ansicht zu beseitigen, als ob es bei den Zusicherungen bleiben sollte. Die Regierung bitte daher, daß der Landtag auf die Berathung eingehe. Herr Frhr. v. Vincke erklärte es als eine Aufgabe des Landtags, der Anarchie zu steuern. Der Landtag habe Vertrauen im Lande, weil er Alles gethan, was für Herstellung des Rechtsbodens möglich gewesen, nur die Zusammensetzung des Landtages erwecke kein Vertrauen. Gegen eine Annahme, wie Hr. v. Bar-

deleben sie so eben hier ausgesprochen, müsse er daher den Landtag schützen. Was dagegen die Gesetzentwürfe betreffe, so wären sie dem Landtage nicht vorzulegen gewesen. Deshalb soll man die Berathung ablehnen.

Minister Graf Schwerin: Die Vorlagen müssen schleunig erledigt werden, damit das Land aus dem Zustand der Unordnung komme. Ein Gesetz könne ohne Einvernehmen des ständischen Gutsachtens nicht aufgehoben werden, und hier, wie überall, werden die Minister sich gern darnach richten. Was die Aufhebung der Cautionen bei neuen Zeitungen betreffe, so sei sie nothwendig, weil sie nur dem Gelde ein Vorrecht stiftete, während die ganze moralische Kraft des Landes in der Presse wirken solle. Hr. v. Bardeleben rechtfertigte seine Aeußerungen mit dem Bemerkten, daß ja das Pressegesetz ohne Beirath des Landtags erlassen worden. Hr. Schwerin: Das war vor unserm Eintritt. Hr. v. Patow: Wenn der Landtag die Berathung ablehnt, so tadelte er das Ministerium, was er doch nicht wolle.

Referent: Die Abtheilung habe auch die Kompetenzfrage erörtert, sich aber für die Berathung entschieden. Der Landtags-Kommissar meinte, es schiene ihm unendlich gefährlich, wenn sich die Minister als Dictatoren ansehen wollten. Hr. v. Mylius: Es sei höchst gewagt, den Beirath zu verweigern. Die Nothwendigkeit eines Provisoriums liege in den Umständen. Hr. Siebig (aus Breslau): Auch wir waren früher der Ansicht, ohne Landtag vorzugehen, sind jetzt aber gewillt uns anzuschließen. Die Vorlagen heben Mißverhältnisse auf und beruhigen das Publikum. Darum müssen wir die Regierung stützen. Auch Hr. Mevissen spricht sich für Berathung der Vorlage und Beendigung des geschlossenen Zustandes aus. Schon vor Berathung des Wahlgesetzes müsse die völlige Gleichstellung aller Glaubensbekenntnisse ausgesprochen sein. Der Bardelebensche Antrag wird nicht unterstützt, und der §. 1. fast einstimmig angenommen.

Ref. liest das Gutachten zu §. 2. (Gerichtsstand für Staatsverbrecher), dessen Annahme empfohlen wird.

Hr. Neumann meint, daß dadurch insofern eine Verschlechterung eintrete, als bisher das Kammergericht über Staatsverbrechen, und zwar nach den Grundsätzen der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, entschieden. Er beantragte daher das Amendement: daß die Regierung alsbald die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege allgemein, mindestens aber für alle Staats- und Preservergehen Geschwornengerichte, und zwar so bald wie nur thunlich, einführe. (Der Antrag wird unterstützt.) Hr. Mevissen macht für die Rheinprovinz das Amendement: bei politischen und Preserverbrechen, wie bei Vergehen die Geschworenen urtheilen zu lassen. (Das Amendement wird unterstützt.) Justizminister Bornemann: Wir wollen jetzt nichts Neues schaffen, sondern nur alte Hindernisse beseitigen. Noch können wir nicht mit einem Interimistrium vortreten. Hr. Neumann nimmt sein Amendement, auf des Ref. Bemerkung, daß dasselbe nur eine neue Petition sei, zurück; das des Hrn. Mevissen wird bei der Abstimmung angenommen; ebenso der §. 2. mit dem ihm gemachten Zusätze.

Ref. liest §. 3. und das dazu gehörige Abtheilungs-Gutachten, welches die Gesetze vom 29. März 1844, so weit sie den Richterstand betreffen, gänzlich beseitigt wissen will. Der Justizminister Bornemann erklärt diese Gesetze für ein Urding, welche den Richterstand in Gefahr gebracht, das Vertrauen zu sich, und das Publikum dahin bringen konnten, das Vertrauen zu den Richtern zu verlieren. Der §. wird fast einstimmig angenommen.

Der von dem Vereinigungs- und Versammlungsrechte handelnde §. 4. rief lebhafteste und anhaltende Debatten hervor. Die Abtheilung hatte folgende Zusätze vorgeschlagen: „Auch Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährlich sind, von der Obrigkeit gestattet werden. Eben so sind alle Preußen berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, sich ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß in Gesellschaften zu vereinigen.“ Fürst Lychnowski ist für den Vorschlag und Aufgabe der weder gerechten, noch billigen Restriktionen. Geschlossene Versammlungen seien ohnehin viel gefährlicher, als die öffentlichen. Uebrigens sei der §. fast wörtlich dem Art. 19. der Belgischen Verfassung entlehnt und deshalb wünschenswerth statt „Obrigkeit“ „kommunalbehörden“ zu setzen. Dahin gehe sein Vorschlag. Auf die Erinnerung, daß vielleicht „Polizeibehörde“ zu setzen, entgegnet der Fürst L., daß er nur habe den Ausdruck „Obrigkeit“ beseitigen wollen. Die Allgemeinheit desselben verteidigt der Minister Graf Schwerin, bei uns seien nämlich, wie bekannt, nicht überall kommunal- und Polizeibehörden mit einander verbunden. Ref.: Die Abtheilung hat den Ausdruck „Obrigkeit“ gewählt, weil die Polizei dem Gesichtspunkt etwas Schätziges gebe. Hr. Winzler beantragt, daß sich alle Preußen, ohne jegliche Erlaubniß, friedlich und unbewaffnet sammeln dürfen. Der Fürst Lychnowski nimmt seinen Antrag zurück. Frhr. v. Vincke erklärt sich gegen den Paragraphen nebst allen dazu gemachten Amendements. Er will überhaupt keine Gesetzeswidrigkeit legalisirt wissen und die künftige Vertretung vor dem Einfluß von Volksversammlungen bewahren. Landtags-Kommissar: Nicht weil Gesetzeswidriges vorgekommen, habe die Regierung den Vorschlag gemacht, im Gegentheil wolle sie die Volksversammlungen möglichst schrankenlos und zahlreich zulassen. Wenn den Volksversammlungen andere gegenüber treten und die Regierung dazwischen stehe, so werden sich die Ansichten schon klären. Deshalb müsse die Regierung bei dem Paragraphen beharren. Minister Hansemann: Andere Grundsätze und ein anderes System seien angenommen. Fortan werde die öffentliche Gewalt auch die öffentliche Meinung darstellen; dann habe die Polizei nichts Schätziges mehr, erscheine vielmehr als Hüterin der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Etwas erscheine vielmehr als nicht an Worte. Hr. v. Beckerath: Man könne dem guten Geiste des Volkes vertrauen. Die Beschränkung der Abtheilung habe aber dies Gesetz eigentlich auf und deshalb solle man die „geschlossenen Räume“ aus dem Gesetze entfernen. Minister Hansemann bedauert, diesem Vorschlage nicht beitreten zu können. In Belgien, wo die Freiheit durch Bürgerschaften festgestellt sei, seien die Versammlungen im Freien auch der Polizei-Erlaubniß unterworfen; denn wie wolle man z. B. in einer Stadt den freien

Verkehr erhalten? Wir können keinesweges annehmen, daß die Behörden die Erlaubniß zu Volksversammlungen je von der Erwägung abhängig machen werden, ob der Zweck der Versammlung der Regierung genehm oder unangenehm sei, denn die alten Zustände können nicht wiederkehren. Hr. Bier beantragt auch die Streichung der Worte „geschlossene Räume.“

Minister v. Auerswald: Die Maßregel der Regierung habe keinesweges das Ziel, die Versammlungen im Freien zu hindern, es sei nur positiv unmöglich, jede Versammlung im Freien ohne Weiteres zu gestatten, da der öffentliche Verkehr berücksichtigt werden müsse. Herr Wilde schlägt vor, daß Versammlungen unter freiem Himmel nur in einer Entfernung von 100 Schritten von jeder öffentlichen Landstraße gehalten werden dürfen und bezieht sich auf Amerika und England, wo gleiche Vorschriften bestehen. Herr v. Gottberg spricht für die ursprüngliche Fassung des Entwurfs, indem z. B. in Pommern den Bewohnern des platten Landes das unbedingt freie Vereinsrecht nicht gewährt werden könne. Hr. v. Sauken-Larpusch sieht keine Gefahr in Volksversammlungen, auch in den nach Sonnenuntergang zu haltenden. Hr. v. Bardeleben hebt den großen Widerspruch hervor, der darin liege, von dem Repressiv- zu dem Präventiv-System überzugehen. Volksversammlungen müßten daher auch im Freien ohne Anträge bei den Behörden gehalten werden dürfen. Der Minister v. Auerswald und Sr. Schwerin verteidigen nochmals die Fassung des Entwurfs. Hr. v. Beckerath beantragt die Fassung: „Auch Versammlungen unter freiem Himmel können an einem, von der Obrigkeit genehmigten Plage stattfinden.“ Die Discussion ist, nachdem der Landtags-Kommissar auch noch das Wort genommen, erschöpft, und es entspann sich eine Erörterung über die Fragestellung. Die erste Frage lautete: Stimmt die Versammlung dem §. 4. mit den Zusätzen der Abtheilungen bei?

Die Frage wird fast einstimmig bejaht. Ebenso die zweite, daß der, von freier Vereinigung handelnde zweite Satz des §. 4. nach den Vorschlägen der Abth. angenommen werde. (Das betreffende Ministerium hatte übrigens schon in den Beratungen der Abth. deren Vorschläge gutgeheißen.)

Ehe zu §. 5. geschritten wurde, verlas der Sekretär, im Auftrage des Marschalls, nachstehende R. Botschaft:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen

entbieten Unseren zum zweiten Vereinigten Landtage versammelten Ständen Unseren Königlichen Gruß.

Wenngleich bei Berufung Unserer getreuen Stände Unser Wunsch und Unsere Absicht dahingegangen ist, denselben hauptsächlich nur das Wahlgesetz für die nächst zusammenkommende Volks-Vertretung zur Verathung vorzulegen, so haben sich dennoch inimmittelst Verhältnisse solcher Dringlichkeit herausgestellt, daß Wir Uns sowohl behufs der Sicherung des Staates nach außen, als zur möglichsten Aufrechthaltung und Unterstützung des schwer bedrohten Handels und Gewerblleißes und dadurch zugleich zur Sicherung des Lebensunterhaltes für die zahlreichste Klasse der Staatsbürger, genöthigt sehen würden, alsbald zur Herbeischaffung der für den einen, wie für den anderen Zweck erforderlichen Geldmittel, soweit letztere weder aus den bestehenden Abgaben zu decken, noch aus den Beständen des Staatschazes zu entnehmen sind, die erforderlichen Gesetzes-Entwürfe vorzulegen, wenn irgend es thunlich gewesen wäre, Entwürfe so umfassender Art in der dafür nur zu Gebot stehenden Frist mit hinlänglicher Vollständigkeit und Sicherheit erwogen und ausgearbeitet zu sehen.

Da aber die Dringlichkeit des Bedürfnisses es schwerlich gestatten würde, der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel für vorgedachte Zwecke bis zur Einberufung der Volksvertretung Anstand zu geben, als gesinnen Wir Unseren getreuen, zum zweiten Vereinigten Landtag versammelten Ständen im voraus ihre Zustimmung zu ertheilen,

daß unter der Verantwortlichkeit Unseres Ministerii gegen die zunächst zusammenkommende Volksvertretung die zum äußeren Schutze der Monarchie sowohl, als zur Wiederherstellung des Credits und zur Aufrechthaltung der Industrie, erforderlichen außerordentlichen Geldmittel, sei es mittelst neuer oder Erhöhung älterer Steuern, dürfen erhoben oder durch rechtsgültig zu kontrahirende Anleihen dürfen beschafft werden.

Gegeben Potsdam, den 4. April 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansmann. von Reher.

Der Finanzminister Hansmann begründet diesen außerordentlichen Vorschlag in der Kürze. Mißkredit und Unsicherheit haben sich der Gemüther bemächtigt, weil man Krieg nach außen, Anarchie im Innern fürchte. Dem Uebel müsse man entgegentreten. Große Gefahren erfordern aber große Mittel. Preußen u. Deutschland müssen dem Auslande gegenüber stark sein, um den Krieg zu vermeiden. Dieses Starksein koste Geld. Alles, was die Regierung bisher gethan habe, sei zur Begründung der Freiheit und Ordnung geschehen. Die Furcht müsse endlich aufhören. Die Gewerbe stocken, und eine zahlreiche Bevölkerung, welche im Schweiße ihres Angesichts arbeite, werde, wenn das so fortlaure, bald das Nothwendigste entbehren. Dem Wachsen der Verkehrsstockung sei daher auch entgegen zu wirken. Die Regierung habe der Bank bereits in diesen Tagen 3 Millionen Thaler zur Belebung des Disconto-Verkehrs überwiesen; außerdem habe der König heute genehmigt, daß das Finanzministerium mit 1 Mill. Thaler Disconto und Beleihungs-Kassen unterstütze. Dies reiche aber keinesweges aus. Außerdem müsse überall eine gleichmäßige Besteuerung eintreten. Die Wahl- und Schlachtsteuer belaste die handarbeitenden Klassen vorzugsweise. Der König habe deshalb genehmigt, daß Uebergänge der Klassensteuer gemacht werden und die Wahlsteuer da, wo es gewünscht werde, aufhöre. Die Gesesammlung werde unverzüglich die diesfälligen Verordnungen bringen.

Nachdem der Minister noch den Marschall ersucht hatte, die Wahl der betreffenden Abtheilung sofort zu veranlassen, wurde in der Verathung des Geses-Entwurfs über „einige Grundlagen der künftigen Verfassung“ fortgefahren. Der §. 5., zu welchem die Abtheilung nichts erinert hatte, wurde ohne Debatte angenommen. Die Erörterung des §. 6 hatte die Abtheilung auszusprechen vorgeschlagen und sie lediglich der konstituierenden Versammlung zu über-

lassen. Die Versammlung nahm, nachdem die Minister noch dafür gesprochen, den §. 6. schließlich an.

Der Marschall ersuchte die Mitglieder, sich noch nicht zu entfernen, da Se. Majestät der König sie zu sehr wünsche. Nach abgehaltener Cour ernannte der Marschall die Mitglieder der Abtheilung zur Vorberathung der neuen Königl. Botschaft.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr.)

Die in neuerer Zeit in manchen Gegenden vorgekommenen Erzeße und Angriffe gegen die Personen und das Eigenthum veranlassen den Justiz-Minister, dem (Tit.) es zur besonderen Pflicht zu machen, gegen derartige Geses-Übertretungen mit aller Energie einzuschreiten und die Schuldigen so schleunig als möglich der verdienten Strafe entgegenzuführen.

Von dem bewährten Pflichteser der Justiz-Beamten erwartet der Justiz-Minister, daß dieselben unter keinen Umständen ihren Posten verlassen, und gerade jetzt, in den Zeiten der Aufregung, ohne Rücksicht auf ihre Person, überall dem Geses Geltung zu verschaffen wissen werden.

Berlin, den 4. April 1848.

Der Justiz-Minister Bornemann.

An sämmtliche Königliche Obergerichte und den General-Prokurator zu Köln.

Berlin, den 5. April. Die Nr. 10. der Geses-Sammlung enthält die provisorische Verordnung, die Aufhebung der Wahlsteuer und deren Ersatz durch eine direkte Steuer betreffend, vom 4. April 1848:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen,

zu. zu.

verordnen auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, für den ganzen Umfang Unserer Monarchie, was folgt:

§. 1. Die auf Grund des §. 1 h. des Geses über die Einrichtung des Abgabewesens vom 30. Mai 1820. (Geses-Samml. S. 131.) und des Geses wegen Entrichtung einer Wahl- und Schlachtsteuer von demselben Tage (Ges. Samml. S. 143 zur Hebung kommende Wahlsteuer hört in denjenigen Städten, deren verfassungsmäßige Vertreter bei der vorgesezten Regierung darauf antragen werden, an dem von Unserem Finanz-Minister zu bestimmenden Tage auf.

§. 2. An Stelle der Wahlsteuer tritt eine direkte Steuer, deren Form der Wahl der betreffenden Kommune unter Genehmigung Unserer Minister des Innern und der Finanzen überlassen bleibt. Dieselbe ist in denjenigen Städten, wo direkte Kommunalsteuern bereits bestehen, als Zuschlag zu den letzteren, wo dergleichen Steuern noch nicht bestehen, oder wo die Einrichtung der bestehenden Steuern die Aufbringung der neuen Steuer im Wege des Zuschlages nicht oder nur zum Theil gestattet, nach Maßgabe eines von der Kommunal-Behörde der vorgesezten Regierung einzureichenden, von Unseren Ministern des Innern und der Finanzen zu genehmigenden Regulativs zu erheben.

Handarbeiter, Tagelöhner und alle ihren Erwerbs-Verhältnissen nach in ähnlicher Lage befindliche Personen sind von Entrichtung der Steuer befreit. Den Kommunen bleibt es überlassen, diese Befreiung näher festzustellen.

§. 3. Die Steuer bildet für eine jede Stadt ein festes Kontingent, dessen Betrag zwei Dritttheilen des im Durchschnitt der drei Jahre 1841, 1845 und 1846 in der Stadt ausgekommenen Rohertrags der Wahlsteuer gleichkommt.

§. 4. Das Veranlagungs-Geses geschieht durch die Kommunal-Behörde. Wegen des hierbei, so wie bei Reklamationen gegen die Veranlagung, zu beobachtenden Verfahrens kommen die in den bestehenden, beziehungsweise in den neu zu erlassenden Kommunal-Steuer-Regulativen enthaltenen Vorschriften zur Anwendung.

§. 5. Die Erhebung der Steuer liegt den Städten ob, welche dafür 4 Prozent von dem Kontingente in Abzug bringen. Die Kommunal-Behörde führt am 1sten jeden Monats ein Zwölftheil des von der Stadt aufzubringenden Kontingents an die Staats-Kasse ab. Rückstände und Ausfälle werden aus der Kommunal-Kasse vorgeschossen und erforderlichenfalls durch Wiederumlagen gedeckt.

§. 6. Wenn einzelne Städte die Fortdauer der Wahlsteuer vorziehen, so ist der Kommunal-Behörde ein Dritttheil des Rohertrages dieser Steuer behufs Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen durch Ausführung öffentlicher Arbeiten oder auf andere den örtlichen Verhältnissen entsprechende Art zu überweisen.

§. 7. Gegenwärtige Verordnung tritt außer Kraft, sobald über die mit der künftigen Volksversammlung zu vereinbarende anderweite Regulierung des Abgabewesens auf verfassungsmäßige Weise Bestimmung getroffen ist.

So geschehen Potsdam, den 4. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Dr. Bornemann. von Arnim. Hansmann. von Reher.

Rendsburg den 31. März. Das gestern hier formirte Bataillon des Major von Schröder, circa 800 Mann stark, wurde mit der Nr. 5. in die Herzogthümer aufgenommen und ging heute nach dem Norden ab. Der Capitain J von Hedemann mit 300 Mann Jäger und das erste Freicorps von 250 Mann schlossen sich der Infanterie an, so daß die ganze heute nach dem Norden abgehende Mannschaft circa 1350 Mann stark ist. Das ganze Kommando des General-Major von Krohn beträgt jetzt circa 5000 Mann.

Hamburg, den 3. April. Se. Königliche Hoheit der Prinz Waldemar von Preußen ist hier eingetroffen; die Preussischen Truppen etwa 5000 Mann, werden morgen und übermorgen folgen, jedoch theilweise direkt nach Altona gehen, wo sich ein General v. Bonin befindet. Die Hannoverischen waren bis heute Mittag nicht in Harburg angelangt.